## 5968 b

## Mehrwertausgleichsgesetz (MAG)

(Änderung vom .....; Verschuldung des kantonalen Mehrwertausgleichsfonds)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 19. Juni 2024 und der Kommission für Planung und Bau vom 25. März 2025,

## beschliesst:

- I. Das Mehrwertausgleichsgesetz vom 28. Oktober 2019 wird wie folgt geändert:
  - § 15. Abs. 1 unverändert.

Verwaltung, Verschuldung

- $^2$  Die Kosten der Äufnung der Fondserträge und der Fondsverwaltung werden dem Fonds belastet.
  - <sup>3</sup> Der Fonds kann sich vorübergehend verschulden für:
- a. die Kosten gemäss Abs. 2,
- b. Beiträge an Entschädigungen gemäss § 16 Abs. 1 lit. a im Umfang von höchstens 50 Mio. Franken.
  - §29. Abs. 1–3 unverändert.
  - <sup>4</sup> Die Gemeinden ändern ihre Bau- und Zonenordnungen gemäss § 19 bis 1. März 2028.
- II. Diese Gesetzesänderung untersteht dem fakultativen Referendum.
- III. Der Beleuchtende Bericht wird vom Regierungsrat verfasst. Der Bericht zur Minderheitsmeinung des Kantonsrates wird von seiner Geschäftsleitung verfasst.

<sup>\*</sup> Die Redaktionskommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Christa Stünzi, Horgen (Präsidentin); Thomas Forrer, Erlenbach; Alexander Seiler, Bachenbülach; Sekretärin: Sandra Freiburghaus.

## B. Beschluss des Kantonsrates über die Erledigung von parlamentarischen Initiativen

(vom . . . . . . . . )

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Antrag der Kommission für Planung und Bau des Kantonsrates vom 25. März 2025,

beschliesst:

Es wird festgestellt, dass mit diesem Erlass das Anliegen der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 136/2023 betreffend Frist Umsetzung MAG in den Gemeinden beraten und als Antrag aufgenommen wurde. Die parlamentarische Initiative wird deshalb als erfüllt abgelehnt.

Zürich, 30. Oktober 2025

Im Namen der Redaktionskommission
Die Präsidentin:
Christa Stünzi
Die Sekretärin:
Sandra Freiburghaus